

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation	06.06.2016
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	20.06.2016

Handyladestationen in Köln; mündliche Anfrage der SPD-Fraktion

In der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 07.12.2015 hat die SPD-Fraktion die Verwaltung in Form einer mündlichen Anfrage um Bewertung des Themas „Handyladestationen“ gebeten. Gegenstand dieser Anfrage ist ein Antrag, den die Schülerinnen und Schüler der Edith-Stein-Schule im Rahmen des Tages der Jugend erarbeitet haben. Die Schüler haben die fiktive Fraktion „MTC-Modern Technology for Cologne“ gegründet und einen Antrag verfasst, der die Einrichtung einer öffentlichen „Handyladestation“ vorsieht. Die nachfolgenden Maßnahmen standen zur Beschlussfassung an:

1. Einen Standort für das Pilot-Projekt der öffentlichen Handy-Tankstelle für die Dauer eines Jahres zur Verfügung zu stellen (mögliche Standorte wären: am Kölner Hauptbahnhof, am Kölner/Bonner Flughafen, in öffentlichen Schwimmbädern)
2. Aufbau und Montage der Handy-Tankstelle
3. Dauerhafte Stromverbindung für die Handy-Tankstelle
4. Die Finanzierung der Handy-Tankstelle zu übernehmen

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Das Projekt zur Installation einer Handyladestation im öffentlichen Raum wird vor dem Hintergrund der voranschreitenden Digitalisierung und den damit verbundenen Veränderungen des Alltages und des Freizeitverhaltens positiv bewertet. Darüber hinaus kann es als ein Beispiel für die "Digitalstrategie Köln" betrachtet werden, die das vom Rat der Stadt Köln in 2012 beschlossene Konzept „Internetstadt Köln, Ziele – Strukturen – Zusammenarbeit – Unterstützung“ fortschreibt.

Bei einer möglichen Umsetzung sollten jedoch folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden: Der Standort einer solchen Tankstelle sollte einen Verweilcharakter beinhalten, d.h. zumindest einen Wind- und Wetterschutz und er sollte hoch frequentiert sein. Weiterhin sind die rechtlichen Rahmenbedingungen der möglichen Aufstellorte zu betrachten. Bspw. wären der Hauptbahnhof und der Flughafen als Aufstellort aufgrund der Eigentumsverhältnisse aus Sicht der Verwaltung nur bedingt geeignet. Im Hauptbahnhof wird bereits eine solche durch einen kommerziellen Anbieter betrieben. Bis zu sechs Fächer können hier für 2 EUR pro Stunde mit Handys zum Aufladen bestückt werden.

Dem Vorschlag des Schülerantrags sehr nahe kommen die Planungen der Stadtbibliothek, ihren Besuchern die Möglichkeit zu bieten, ein mobiles Endgerät vor Ort aufzuladen. Die Stadtbibliothek plant hier insbesondere den verstärkten Einsatz von Powercubes. Bei einem Powercube handelt es sich um einen Würfel, welcher neben gewöhnlichen Steckdosenanschlüssen noch über 5V-USB-Anschlüsse verfügt.

Innerhalb der nächsten 4 Wochen werden die Kataloginseln (Rechner mit Zugriff auf den Bestandskatalog) mit Powercubes ausgestattet. Im 2. Quartal 2016 ist zudem die Versorgung der Brüstung (Südseite der Stadtbibliothek) mit zusätzlichen Steckdosen und 5V-USB-Anschlüssen geplant. Als weitere Maßnahme ist die Versorgung von Arbeitsplatzinseln mittels Strom über die Decke geplant. Hier steht jedoch noch kein Realisierungszeitraum fest.

Wie den Medien in den letzten Wochen zu entnehmen war, verfolgt die Stadtverwaltung Köln in Zusammenarbeit mit der Bezirksvertretung Nippes und der Rheinenergie darüber hinaus einen weiteren innovativen Ansatz zur Stromversorgung. In Nippes ist geplant demnächst eine Parkbank mit USB-Anschlüssen im Pilotbetrieb aufzustellen, welche das kabelgebundene Aufladen von Handys und Laptops ermöglicht. Die Stromversorgung erfolgt über eine im Boden eingebaute Solarzelle. Sollte die Pilotphase positiv verlaufen, sind weitere Parkbänke in weiteren Stadtteilen geplant.

Die Verwaltung regt an, zusätzliche Örtlichkeiten wie

- das Wallraf-Richartz-Museum (Eingang)
- die VHS
- die Bürgerämter / Wartezonen der Meldehallen

in die weiteren Planungen mit einzubeziehen. Die vorgenannten Ausführungen machen deutlich, dass die Verwaltung die Grundidee des Schülerantrages bereits aufgenommen und auch mit verschiedenen Maßnahmen bereits umsetzt.

Gez. Kahlen